

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 35. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 10. Dezember 2003
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 22.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jean-Jacques Winter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Bea Fuchs
Jan Oppliger
Claudia Piatti

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates betreffend
Ergänzungswahl in den Einwohnerrat anstelle von
Mark Aellen, SP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3487

 2. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungs-
prüfungskommission betreffend der Voranschläge der Einwohner-
kasse sowie Festsetzung der Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer
und des Wasserpreises für das Jahr 2004 Geschäft 3456/A
- 2.1 Eintretensdebatte

2.1.1	Stellungnahmen des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission zu den Budget-Postulaten	Geschäft 3456 B/C
2.1.2	Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 200-302.00 Löhne Lehrkräfte, Kindergarten: Kürzung um CHF 121'900.-- Pos. 212-302.00 Löhne Lehrkräfte, Kleinklassen Primar: Kürzung um CHF 50'000.--	Geschäft 3468
2.1.3	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-311, Sachaufwand Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge: Streichung des eingesetzten Betrages von CHF 10'000.--	Geschäft 3469
2.1.4	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-319, Übriger Sachaufwand: Streichung des eingesetzten Betrages von CHF 20'000.--.	Geschäft 3470
2.1.5	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 300-364a, Beitrag Zweckverbände, Beiträge an kulturelle Institutionen Basel-Stadt Kürzung um CHF 20'000.--	Geschäft 3471
2.1.6	Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Pos. 300-364.00 Eigene Beiträge, Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Beitrag an GGG: Kürzung um CHF 35'000.--	Geschäft 3472
2.1.7	Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos. 342-43 , Entgelte, andere Benützungsgebühren, Eintrittspreise Hallenbad: Erhöhung um CHF 20'000.--	Geschäft 3473
2.1.8	Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Pos. 780-314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte, WC-Anlagen: Erhöhung um CHF 6'000.--	Geschäft 3474
2.1.9	Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Pos. 780-315.00 Übriger Unterhalt durch Dritte, WC-Anlagen: Erhöhung um CHF 30'000.--	Geschäft 3475
2.1.10	Budget-Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Pos. 780-366.00, Beiträge an private Haushalte, Ertragsausfallentschädigungen für ökologische Ausgleichsflächen: Erhöhung um CHF 20'000.--	Geschäft 3476
2.1.11	Budget-Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Pos. 841-390.00/ 840-390.00 verrechneter Personalaufwand Umbuchung Anteil Wirtschaftsförderung CHF 15'000.--	Geschäft 3477
2.1.12	Budget-Postulat von Iris Zihlmann und Robert Richner, FDP, Pos. 841 Marktwesen: Reduktion des Aufwandüberschusses um CHF 15'000.--	Geschäft 3478
2.1.13	Budget-Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend	

Pos. 770-501.01, Investitionen Tiefbauten, Natur- und Erholungszone Ziegeleiareal:
Erhöhung der Investition um CHF 50'000.--

Geschäft 3480

2.2 DETAILBERATUNG

2.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse

2.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2004

2.2.2.1 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Pos 900-400.00: Steuereinnahmen Natürliche Personen, Einkommensteuern: Reduktion des Steuerfusses auf 56% falls der Kredit für den Veranstaltungssaal am 30. November 2003 vom Volk abgelehnt wird.

Geschäft 3479

2.2.3 Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2004

2.2.4 Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2004

2.2.5 Schlussabstimmung zum Voranschlag pro 2004

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 35 vom 10.12.2003

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Jean-Jacques Winter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende **Jean-Jacques Winter** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung. Er verliest dem Plenum die Empfangsbestätigung des Postdirektors Dr. Ulrich Gygi zur Resolution des Einwohnerrates betreffend Schliessung Poststelle Lindenplatz.

Den Mitgliedern des Einwohnerrates wird die Medienorientierung in Sachen „Sportanlage im Brüel“ kommentarlos verteilt.

Der Präsident **Jean-Jacques Winter** schlägt vor, das Info-Fenster des Gemeinderates vor der eigentlichen Finanzdebatte abzuhalten.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** informiert das Plenum über die Haltung des Gemeinderates nach der Volksabstimmung vom 30.11.2003 betreffend Wegmatten I. Sie verliest folgende Stellungnahme:

MEDIEN-INFORMATION
vom 10. Dezember 2003

Volksabstimmung vom 30. November 2003

1 x Ja, 2 x Nein: Die Volksentscheide sind deutlich und der Gemeinderat respektiert den Willen der Stimmberechtigten. Die beiden Nein zu ‚Wegmatten I‘ interpretiert er aber nicht als generelles Nein gegen eine Weiterentwicklung der Gemeinde Allschwil als Wohnort und Wirtschaftsstandort.

Das Ja zur Gemeindeordnung ist ein Vertrauensbeweis in die politischen Behörden.

vr. Die kommunale Stimmbeteiligung von rund 51 % macht deutlich, dass den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Entwicklung unserer Gemeinde wichtig ist. Unterschiedlichste Interessen, Vorstellungen und Befürchtungen wurden in diesen intensiven Abstimmungskampf eingebracht. Die Resultate sind klar und von Befürwortern wie Gegnern gleichwohl zu respektieren.

Ja zur Teilrevision der Gemeindeordnung

Mit einem deutlichen Ja haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Teilrevision der Gemeindeordnung zugestimmt. Im Frühsommer 2004 können somit die Mitglieder der Schulräte durch den Einwohnerrat gewählt werden.

Der Gemeinderat dankt den Befürworterinnen und Befürwortern dieser Vorlage. Die Zustimmung darf als Vertrauensbeweis gegenüber dem Einwohnerrat betrachtet werden. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass es eine der vornehmsten Aufgaben des Parlaments sein wird, menschlich und fachlich geeignete Persönlichkeiten in die verschiedenen Schulräte zu wählen.

Nein zur Planung ‚Wegmatten I‘

Eine Weiterverfolgung der Quartierplanung ‚Wegmatten I‘ bestehend aus Veranstaltungssaal und Coop-Laden-Trakt erübrigt sich aufgrund der beiden klaren – wenn auch differenzierten – Nein. Der Gemeinderat schliesst aus dem Abstimmungsergebnis, dass die Allschwiler Stimmbürger/innen keinen neuen Veranstaltungssaal wünschen. Ebenfalls ist deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass das Areal ‚Wegmatten I‘ nicht mit einem Ladentrakt überbaut werden soll. Somit bildet dieses Grundstück eine Reserve für künftige Bedürfnisse der Gemeinde.

Wie weiter?

Die Ablehnung dieser Planungsvorlage hat unmittelbaren **Einfluss auf das Budget 2004**. Die Abschreibungen der laufenden Rechnung reduzieren sich um CHF 167'000.00 und die Investitionen

werden um CHF 1'670'000.00 gekürzt. Der im Budget 2004 ausgewiesene Mehraufwand wird somit von CHF 349'000.00 auf CHF 182'000.00 reduziert. Der Einwohnerrat hat über diese Anpassungen zu beschliessen. Die **Finanzplanung** wird aufgrund dieses Entscheides überarbeitet.

Ein gemeindeeigener **Veranstaltungssaal** ist aufgrund des klaren Abstimmungsergebnisses im Planungszeitraum von rund 10 Jahren für den Gemeinderat kein Thema mehr.

Im Zuge der Konzeptumsetzung Gemeindebauten ‚Zentrum 2000 Plus‘ konnte der Gemeinderat am vergangenen Dienstag, 9. Dezember 2003, den Medien verschiedene Architekturstudien für die **Sportanlage ‚Im Brühl‘** präsentieren. Im Frühjahr wird das Parlament über die Erstellung dieser Sportanlagen, welche nicht zuletzt auch den ‚Elefantacker‘ ersetzen werden, beraten können. Die Finanzierung dieses Vorhabens kann zu einem beachtlichen Teil durch den Infrastrukturbeitrag der UBS gesichert werden, welcher im Zuge der Quartierplanung ‚Sandweg‘ zu entrichten ist.

Auch wenn ‚Wegmatten I‘ abgelehnt worden ist, wird die Realisierung des **Verkehrskreises Baslerstrasse / Grabenring** vorangetrieben. Dadurch wird der Gemeinderat dem klaren Willen des Einwohnerrates gerecht, welcher bereits im Jahr 1997 mit 37:1 Stimmen ein Postulat überwiesen hat, das eine Kreisellösung verlangt. Als Konsequenz des Plebiszites hat nun der Einwohnerrat einen Investitionskredit für den Betrag von CHF 800'000.00 zu bewilligen, welchen Coop bei einem zustimmenden Volksentscheid voll finanziert hätte.

Die **Aufhebung des Familiengartenareals** Wegmatten wird im Sinne der Einwohnerratsbeschlüsse sowie der mit dem Familiengarten-Verein getroffenen Vereinbarung vollzogen. Das frei werdende Areal wird im Sinne einer **Zwischennutzung begrünt**.

Der laufende Architekturwettbewerb für die **Quartierplanung ‚Wegmatten II‘** wird im ursprünglich ausgeschiedenen Planungssperimeter weitergeführt und abgeschlossen. Diese Arbeiten werden im Frühjahr 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Stillstand ist nicht möglich

Eine zeitgemässe und bedarfsorientierte Entwicklung der Gemeinde kann nicht aufgehoben werden. Die Gemeinde hat zahlreiche gesetzliche Leistungen zu erbringen und sicherzustellen. Die Finanzierung dieser Leistungen ist weitgehend durch übergeordnetes Recht bestimmt. Diese Kostenentwicklung verläuft dynamisch und entzieht sich weitgehend der kommunalen Einflussnahme. Das Auffangen dieser Kostensteigerungen bei gleich bleibender Steuerbelastung hat sein Ende erreicht. Der Sachaufwand wurde bereits massiv gekürzt, und die werterhaltenden Investitionen sind auf das absolut Notwendige beschränkt. Tatsache ist aber, dass Allschwil weitergehende Ausgaben nicht verkraften kann – es sei denn die Steuern würden erhöht. Dies will der Gemeinderat jedoch nicht, dies kann nicht das Ziel sein. Die Gemeinde ist auf neue Einnahmequellen angewiesen. Diese bieten sich in der Schaffung von neuem attraktivem Wohnraum und einer ertragbringenden Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Baulandparzellen. Diese Ziele wird der Gemeinderat zur Erhaltung der heutigen Wohn- und Standortqualitäten konsequent weiterverfolgen.

GEMEINDERAT ALLSCHWIL

Ruth Greiner ergänzt, dass gewisse Fragen im Zusammenhang mit der Abstimmung Wegmatten I der Gemeinderat in der kurzen Zeit noch nicht beantworten konnte. Zu diesem Zweck wird der Gemeinderat im Februar 2004 in Klausur gehen und die konkreten Konsequenzen aus der Volksabstimmung analysieren.

Traktandenliste

Dr. Leo Zehnder, teilt mit, dass der Gemeinderat den Bericht zum Finanzplan 2005 – 2009 (Geschäft 3462/A) zurückziehen möchte. Nach der Volksabstimmung Wegmatten I ändert sich nun die Finanzlage der Gemeinde für die nächsten Jahre. Deswegen muss der Finanzplan neu überarbeitet werden.

Jean-Jacques Winter, will die Traktandenliste noch mit der Schlussabstimmung zum Voranschlag 2004 der Einwohnerkasse ergänzen (neu: Traktandum 2.2.5.)

://:

Die Traktandenliste wird mit vorstehenden Änderungen grossmehrheitlich genehmigt.

Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat von **Thomas Pfaff**, SP-Fraktion, betreffend Meinungsumfrage zum Projekt Wegmatten I.

Interpellation von **Ivo Corvini**, CVP, betreffend Volksabstimmung Wegmatten I – Rückblick und Ausblick.

Motion von **Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, betreffend Entschädigung Schulräte.

Postulat von **Thomas Pfaff**, SP-Fraktion, betreffend mittelfristige Nutzung des Areals Wegmatten I.

Dringliche Motion von **Felix Keller**, CVP/SVP-Fraktion, betreffend Wettbewerb Projekt Wegmatten II (**Geschäft 3490**).

Felix Keller, CVP, begründet die Dringlichkeit wie folgt: Aufgrund der Ablehnung der Vorlage Wegmatten I stellen sich weitere Fragen über die zukünftige Planung. Er bittet um schriftliche Antwort auf die Fragen, ob an der Vorgabe 1/3 Dienstleistung und 2/3 Wohnen festgehalten wird und wann die Öffentlichkeit über das Ergebnis der ersten Jurierung informiert wird. Die Dringlichkeit ist gegeben, da der Wettbewerb zur Zeit schon läuft. Aus diesem Grunde stelle er auch den Antrag auf Sistierung des Wettbewerbs.

Lucius Cueni, SP, fragt, ob hier nicht eher eine Interpellation als eine Motion vorläge. Gemäss Einwohnerreglement hat der Vorstoss eher den Charakter einer Interpellation.

Dr. Ivo Corvini, CVP, erklärt dazu, dass der letzte Teil des Vorstosses, der Antrag auf Sistierung, sicher Motionscharakter habe.

Departementsvorsteher **Roman Meury** erklärt die grundsätzliche Bereitschaft des Gemeinderates zur Entgegennahme der Motion. Allerdings sieht er gerade im letzten Punkt eine Differenz: Der Einwohnerrat hat die Gelder für den Wettbewerb bereits gesprochen, die Preisvergabe/Rangierung ist erfolgt. Die Preisgelder wurden bereits gemäss der Rangliste vergeben. Die Auszahlung ist bereits erfolgt, resp. wird demnächst erfolgen. Der Wettbewerb sieht vor, dass mit den ersten drei Mitbewerbern detaillierte Planungsabsprachen erfolgen sollen. In diesem Rahmen können durchaus auch Gespräche über die Verteilung von Dienstleistungen und Wohnanteilen geführt werden. Eine Anpassung an die neue Situation – ohne Wegmatten I – muss erfolgen. Allerdings sind alle Projekte gemäss der Vorgabe so ausgeführt, dass sie auch ohne Wegmatten I realisierbar sein werden. Aus den erwähnten Gründen erachtet er den Sistierungsantrag als unnötig und möchte die Motion ohne den Sistierungsantrag entgegennehmen.

Felix Keller, CVP, begründet die Dringlichkeit mit der gesamten Terminierung des Projektes. Bereits im Februar 04 soll die zweite Phase ausgelöst werden, bis dahin müsse darüber entschieden werden, wie die Wohn-/Dienstleistungsanteile gewichtet werden. Um hier etwas Spielraum zu haben und dem ER vorher Bericht erstatten zu können, solle der Wettbewerb zunächst sistiert werden.

://:

Die Dringlichkeit der Motion (**Geschäft 3490**) wird mit 23 Nein zu 15 Ja-Stimmen abgelehnt.
(2/3 Mehr: 26)

Die Dringlichkeit der Motion von **Ornella Schneider**, FDP-Fraktion, betreffend Personalplafonierung begründet die Motionärin wie folgt: Die Laufzeit der bestehenden Motion „Personalplafonierung“ – 24 Monate – läuft im Januar 2004 ab. Nach wie vor muss die Gemeinde jedoch sparen und sollte die eingeleiteten Sparmassnahmen aufrecht erhalten. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der kurzen Frist bis Januar 2004.

://:

Die Dringlichkeit der Motion wird mit 20 Ja zu 18 Nein-Stimmen abgelehnt (2/3 Mehr: 26)

Lucius Cueni, SP-Fraktion, begründet die Dringlichkeit seiner Motion betreffend „Kreative Denkpause“ in Sachen Wegmatten I & II damit, dass die Planungen eigentlich fortschreiten, ohne zu wissen, was mit Wegmatten I passieren wird. Jetzt sei der Zeitpunkt, die Situation neu zu überdenken.

://:

Die Dringlichkeit der Motion wird mit 31 Nein zu 7 Ja abgelehnt. (2/3 Mehr: 26)

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

368 01.030 Einwohnerrat

**1. Bericht des Gemeinderates betreffend Ergänzungswahl
anstelle von Mark Aellen, SP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004),
Geschäft 3487**

Der Vorsitzende Jean-Jacques Winter heisst das neue Mitglied herzlich willkommen und wünscht ihm viel Erfolg.

://: Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird von der Ergänzungswahl von Giulio Vögelin, SP-Fraktion, Kenntnis genommen.

369 07.010 Budget

**2. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungs-
prüfungskommission betreffend der Voranschläge der Einwohner-
kasse sowie Festsetzung der Gemeindesteuern, der Feuerwehrsteuer
und des Wasserpreises für das Jahr 2004 Geschäft 3456/A**

EINTRETENSDEBATTE

Verena Meschberger, Präsidentin der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, nimmt zu den Voranschlägen Stellung. Sie lobt die sehr gute Arbeit der Gemeinderäte und der ganzen

Verwaltung. Dies zeige sich auch darin, dass die Anzahl der eingereichten Budget-Postulate ein weiteres Mal deutlich zurückgegangen sei. Das Budget nehme die aktuelle Situation der Gemeinde gut auf. Die kurzfristigen finanziellen Auswirkungen des negativen Volksentscheides vom 30.11.2003 seien im Nachtragsbericht zum Budget 2004 (Nachtrag 3456 C) aufgeführt. Auf die negativen langfristigen finanziellen Auswirkungen will sie nicht weiter hinweisen, diese seien im Zusammenhang mit der Volksabstimmung Wegmatten I genügend diskutiert worden. Sie weist nochmals darauf hin, dass es auch für eine Gemeinde wichtig sei, ein ausgeglichenes Budget vorweisen zu können. Auch als „non-profit-Unternehmen“ müssten Schulden vermieden werden. Andererseits müssen Investitionen zur Erhaltung der Attraktivität der Gemeinde gemacht werden – das koste Geld. Nun habe die Gemeinde zwar weiterhin Investitionen zu tätigen, z.Bsp. Schulhausrenovationen, aber auf der anderen Seite keine Baurechtszinseinnahmen. Weiter weist sie darauf hin, dass die momentane Pro-Kopf-Verschuldung der Allschwiler Bürger bei mehr als CHF 2500.— pro Person liegt. Dies sei zuviel. Solange die Pro-Kopf-Verschuldung nicht sinke, könne man es sich nicht leisten, über Steuersenkungen zu diskutieren. Sie schlägt vor, die Situation der Gemeinde nun nach der Abstimmung neu zu überdenken und die Finanzplanung langfristig darauf auszurichten. Erst dann könne man über eine Steuersenkung reden, wenn die Finanzlage ausgeglichen und stabil sei. Abschliessend hält sie fest, dass die FIREKO das Budget genau studiert hat und dem Einwohnerrat beantragt, den Anträgen des Gemeinderates in allen Punkten zu folgen.

Dr. Leo Zehnder bedankt sich zunächst bei der FIREKO für die gute Beurteilung des Budgets. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass mit dem vorgelegten Budget eigentlich die Talsohle erreicht sei und es ab nun aufwärts gehe. Er nennt zusammenfassend drei Stichworte die zu diesem einigermaßen ausgeglichenen Budget geführt haben: die Sparbemühungen des Gemeinderates, die Steuererhöhung und die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichsgesetzes. Das Budgetdefizit beläuft sich nun, nach der Volksabstimmung Wegmatten I, auf CHF 182'000.--. Er hält es für notwendig, der Öffentlichkeit klar zu machen, welche Auswirkungen eine Ablehnung eines gemeinderätlichen Antrages in der Grössenordnung von ca. 6,6Mill. Franken habe. Die Meinung in der Bevölkerung sei die, dass ja nun 6,6 Mill. Franken gespart worden seien und nun die Steuern gesenkt werden könnten. Aber diese Ansicht ist falsch. Eine Änderung in der Investitionsrechnung hat für die laufende Rechnung nur eine Auswirkung von 10%. Weitere Ausführungen will er anlässlich der nachfolgenden Diskussion um den Steuersatz nachreichen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist anderer Ansicht als seine Vorredner. Er drückt seine grosse Genugtuung über den Volksentscheid vom 30.11.2003 aus. Er hält die Investitionspolitik der Gemeinde für grössenwahnsinnig. Ebenso könnte auch eine Steuersenkung verkraftet werden. Die Argumentation des Gemeinderates, dass sich die Änderungen der Investitionsrechnung in der laufenden Rechnung über die 10%-tige jährliche Abschreibung auswirkt, hält er für einen buchhalterischen Trick. Er hält den derzeitigen Steuerfuss von 58% für unattraktiv. Er sieht in einer 2%-tigen Steuersenkung eine indirekte Investition. Er hält die finanzielle Lage für nicht so düster. Abschliessend erklärt er Eintreten auf die Budgetdebatte.

Christoph Morat, SP-Fraktion, hält das Budget für einen schlichten Haushaltsplan. Was effektiv ausgegeben werde, entscheide alleinverantwortlich der Gemeinderat. Auch für ihn zeigt die geringe Anzahl ernstzunehmender Budget-Postulate, wie gut das Budget ausgearbeitet wurde. Allerdings sind die nun auf die Gemeinde zukommenden CHF 800'000.— sowie die fehlenden Baurechtszinseinnahmen nicht budgetiert, ebenso nicht der jahrelange Unterhalt von Wegmatten I. Eine weitere Sparrunde wäre nach der Abstimmung vom 30.11.2003 „nicht nur politisch dumm, sondern selbstmörderisch“. Es gehe hier auch um die Glaubwürdigkeit der politischen Gremien. Er zitiert eine Umfrage aus dem „BLICK“ wonach die Bevölkerung eher einen Ausbau der Dienstleistungen, denn eine weitere Sparrunde erwartet. Er befürwortet, die wenigen Mittel die zur Verfügung stehen, für das Zusammenleben innerhalb der Gemeinde und für die Kooperation mit Basel-Stadt auszugeben.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, will sich nur über das Eintreten äussern. Die Fraktion ist für Eintreten. Er hält das Budget für sehr erfreulich. Er betont nochmals, dass es heute nur um das Budget 2004 gehe, nicht um längerfristige Planungen. Er widerspricht Bruno Steiger: die Abschreibungen seien keine buchhalterischen „Tricks“. Das Budget mit einem Defizit von nur CHF 182'000.— konnte nur wegen den eingeleiteten Sparmassnahmen erreicht werden. Diese Sparmassnahmen haben viele Bürger zu spüren bekommen. Nun könne man nicht über eine Steuersenkung reden. Weiterhin müsse man sparen. Er dankt abschliessend der Gemeinde für die tolle Arbeit, welche geleistet wurde.

Robert Richner, FDP-Fraktion, würde das Budget nur dann für wirklich erfreulich halten, wenn es einen Überschuss ausweisen würde. Aber es sei immerhin besser als das Budget 2003. Weiterhin solle gespart werden. Ausserdem werde der Kanton die Gemeinden auch nicht finanziell unterstützen können, im Gegenteil: gegen unberechtigte Forderungen seitens des Kantons müsse man sich wehren.

://:

Es wird grossmehrheitlich Eintreten beschlossen.

DETAILBERATUNG

Verena Meschberger, SP-Fraktion, erklärt im Namen der FIREKO, dass zwei Budgetpostulate eines Kommentars der FIREKO bedürfen. Betreffend Postulat Kindergartenlehrkräfte, Löhne und Lehrkräfte Kleinklassen, Löhne (Geschäft 3468) kann die Gemeinde eigentlich nichts machen. Die Löhne sind vom Kanton vorgegeben. Eventuell habe der Postulant, Hanspeter Frey, FDP, jedoch Informationen aus dem Landrat. Das zweite zu kommentierende Postulat betrifft die WC-Anlagen (Geschäft 3474/3475): Es stehen sich Wohnqualität und Vandalismus gegenüber. Hier will sich die FIREKO einer Empfehlung enthalten und den Gemeinderat bitten ein Konzept zu erarbeiten, welches es ermöglicht, öffentliche WC-Anlagen – geschützt vor Vandalismus – so schnell wie möglich wieder einzuführen. Das Budgetpostulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, zur Senkung des Steuerfusses kann die FIREKO nicht unterstützen.

2.1.2 Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend

Pos. 200-302.00 Löhne Lehrkräfte, Kindergarten:

Kürzung um CHF 121'900.--

Pos. 212-302.00 Löhne Lehrkräfte, Kleinklassen Primar:

Kürzung um CHF 50'000.--

Geschäft 3468

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, zieht den Teil seines Postulates 3468 betreffend Löhne Lehrkräfte Kleinklassen, zurück. Das Postulat betreffend Kindergarten, Lehrkräfte, Löhne will er aufrecht erhalten. Er bezweifelt, dass alle Löhne durch den Kanton vorgegeben seien. Gemäss Bildungsgesetz hätten die Trägerschaften der Schulen die Löhne zu bezahlen. Trägerschaft der Kindergärten ist die Gemeinde. Warum brauche es eine Erhöhung der Kindergartenlöhne um 9.6% gegenüber dem Budget 2003? Warum brauche es rund 145'000.—Fr. Erhöhung der Lohnsumme gegenüber der Rechnung 2002? Die Erhöhung werde in der Stellungnahme des Gemeinderates mit der Bildungsgesetzgebung begründet, da das Gesetz vorschreibt, dass auf allen Schulstufen eine Schulleitung bestehen müsse. Dem ist so, allerdings könnten die Schulleitungen von Kindergarten und Primarschule auch zusammengelegt werden. Hier bestehe noch Sparpotenzial. Er möchte die Lohnsumme auf die effektiven Verhältnisse angepasst haben. Ausserdem findet er CHF 100'000.—für drei Mundartlehrerinnen eine enorme Summe. Die Kinder lernen im Umgang miteinander Mundart. Im Kindergarten, als Vorstufe zur Primarschule, sollten sie Schriftdeutsch lernen. Er vermutet, dass dieser Betrag ebenfalls in die Budgetberechnungen eingeflossen ist. Die Blockzeiten müssten nicht zwingend sofort im

Kindergarten eingeführt werden. Auch hier könne man Geld sparen. Aus diesen Gründen sei die Position um die beantragten 121'000.—CHF zu kürzen.

Dr. Leo Zehnder bittet das Plenum um Abweisung des Postulates. Der Gemeinderat hat bewusst auf die Einführung der Blockzeiten zur Zeit verzichtet. Auf der anderen Seite ist Allschwil vorbildlich, in Sachen Mundart-Unterricht und Vorschulheilpädagogik. Die Schulleitung besteht bereits, die beantragte Kürzung und der Vorschlag einer Zusammenlegung müsse mit dem Schulrat als vorgesetzte Behörde abgeklärt werden.

Kurt Hürzeler erläutert die als Folie aufgelegte Darstellung (integrierender Bestandteil des Protokolls, Beilage 1): Bis Juli 2003 wurden die Lehrkräfte durch die Gemeinde bezahlt. Seit August unterstehen diese aber der Gesetzgebung vom Kanton und werden durch den Kanton bezahlt. Gewisse Kindergärtnerinnen erhalten jetzt mehr Lohn, da die Lohnberechnung und die entsprechende Auslegung durch den Kanton erfolgt. Der Hauptgrund sind die Schulleitungen, die speziellen Berechnungen unterliegen. Wie erkennbar ist, steigt die Belastung seit August um ca. 10'000 CHF monatlich. Sofern sich zeigen sollte, dass das Budget zu hoch veranschlagt sei, heisse das nicht, dass das Geld trotzdem ausgegeben würde. Die Gemeinde Allschwil hat keinen Einfluss auf die Lohnbezüge, der Kanton bucht diese Beträge selbstständig vom Konto der Gemeinde ab.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, klärt auf, dass es eine gemeinsame Schulleitung für Kindergarten und Primarschule gibt, ebenso einen gemeinsamen Schulrat. In der Schulleitung gibt es drei Primar- und zwei Kindergartenlehrkräfte. Früher gab es kein Rektorat im Kindergarten. Schulleitungsmitglieder werden in einer höheren Lohnklasse eingestuft, auch das gibt Mehrbelastungen. Früher wurden Kindergartenlehrkräfte selbstständig durch die Gemeinde bezahlt. Er ist der Meinung, dass sich die Differenzen aus Bildungsgesetzgebung und neuem Finanzausgleich in etwa ausgleichen, weshalb er für die Ablehnung des Postulates ist.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, geht davon aus, dass seine Informationen vom Kanton stimmen. Er fragt sich, ob es wirklich zwei Kindergartenlehrkräfte in der Schulleitung braucht. Alle Fraktionen sind der Meinung, dass gespart werden solle. Andererseits will Allschwil immer Vorzeigegemeinde sein, was zum Beispiel den Bildungssektor betreffe. Er regt an, dass auch in diesem Bereich gespart werden könnte. Dies heisse jedoch nicht, dass damit gleichzeitig auch die Bildung eingeschränkt werde. Er möchte, dass auf Begehrlichkeiten verzichtet wird und nur das angeboten werde, was wirklich notwendig sei.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, versteht die Aussagen des Gemeinderates, dass der Kanton die Gelder einfach abzieht, als Ausrede. Die Hoheit über die Anzahl der Lehrkräfte, sowohl im obligatorischen, wie auch im fakultativen Bereich, liege immer noch in der Kompetenz der Gemeinde Allschwil. Er spürt eine gewisse Unsicherheit aus den Aussagen. Er möchte das Budget kürzen, um kostenbewusster zu handeln. Er ist der Ansicht, dass budgetierte Mittel in jedem Fall ausgegeben würden.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, meint dazu, dass es keinen Unterschied mache, ob es 2 oder 5 Schulleitungsmitglieder gebe. Im Bildungsgesetz sei festgelegt, dass sich die Entlastungsstunden nach Anzahl Klassen richte, unabhängig von der Anzahl Schulleitungsmitglieder. Finanziell ändere sich gar nichts.

://:

Das Budgetpostulat 3468 wird mit 20:11 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

**2.1.3 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 300-311, Sachaufwand Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge:
Streichung des eingesetzten Betrages von CHF 10'000.-- Geschäft 3469**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, weist daraufhin, dass der Beitrag für Kunstgegenstände in der letzten Budgetberatung gestrichen wurde. Nun sei wieder ein Betrag von CHF 10'000.-- im Budget 04. Es sei kein stichhaltiges Argument, wenn man dies mit dem Kulturleitbild begründe. Es gebe bereits zuviel Kunstgegenstände in der Gemeinde. Es sei nicht Aufgabe der Gemeinde brotlose Künstler zu unterstützen. Die FIREKO sei im Übrigen gleicher Meinung.

://:

Das Budgetpostulat 3469 wird mit 19:13 Stimmen bei 6 Enthaltungen überwiesen.

**2.1.4 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 300-319, Übriger Sachaufwand: Streichung des eingesetzten
Betrages von CHF 20'000.-- Geschäft 3470**

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erklärt, dass sich in den Erläuterungen keine Informationen über diesen Betrag finden lassen. Der Gemeinderat will die Mittel für ein Jubiläum verwenden. Er ist dagegen, CHF 10'000.-- nach Blaj zu schicken. Er versteht die finanziellen Mittel als Entwicklungshilfe, dies sei nicht Aufgabe der Gemeinde. Für Mittel für ein Jubiläum solle eine Vorlage gemacht werden.

Danilo Matiz, SP-Fraktion, kritisiert die SD-Fraktion, gerade im Bereich des Kulturförderprogramms den Rotstift anzusetzen. Er gibt Beispiele aus Blaj, wo einzelnen Personen CHF 5'000.-- als zinsloses Darlehen gegeben wurden und diese Darlehen sogar innert weniger als 5 Jahren zurückgezahlt wurden. Die Gelder seien ausnahmslos gut angelegt. Den einzelnen Allschwiler Steuerzahler koste das nur CHF 0.50 CHF. Darum ist die SP-Fraktion gegen dieses Postulat.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** nimmt Stellung: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dieser Betrag im Budget Platz haben muss. In früheren Jahren wurden für Blaj CHF 40'000.-- und für Pfullendorf CHF 25'000.-- budgetiert. Einzig im letzten Jahr habe man auf die Beträge ganz verzichtet. Der jetzige Betrag sei vergleichsweise gering. Es profitieren breite Kreise der Bevölkerung beider Partnerstädte.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, möchte eine Erklärung, warum in der Begründung eine Kürzung um die Hälfte aufgeführt sei, wenn doch im Voranschlag 2003 die Position mit 0 CHF und in der Rechnung 2002 ein Betrag mit CHF 19'632.83 ausgewiesen sei.

Guido Beretta, FDP-Fraktion, will Blaj weiterhin unterstützen. Er regt jedoch an, diese Unterstützungsbeiträge unter einem anderen Titel als „Kulturförderung“ einzusetzen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist der Ansicht, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde sei, Entwicklungshilfe zu betreiben. Er erinnert daran, dass Blaj in der Vergangenheit sicher profitiert habe, sich mittlerweile aber auch aus eigener Kraft entwickeln sollte. Er stört sich daran, dass es immer wieder Delegationen aus Allschwil gebe, die gratis nach Blaj reisen könnten. Umgekehrt hält er vor, dass es während Aufenthalt von Gästen aus Blaj zu Kaufhausdiebstählen kam. Er will diesen Leuten kein Paradies vorführen, welches keines ist, sondern hart erarbeitet werden musste. Für Geschäftsdarlehen seien Banken zuständig, nicht die Gemeinde.

Ruth Greiner erklärt, dass die Reise 2003 rein privat von den Teilnehmern bezahlt wurde. Die Frage von Hanspeter Frey erklärt sie damit, dass im 2001 der Betrag für Blaj und Pfullendorf CHF 60'000.-- war, im 2002 CHF 40'000.-- und nun im 2004 um die Hälfte gekürzt wurde auf CHF 20'000.--.

://:

Das Budgetpostulat 3470 wird mit 27 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

PAUSE

**2.1.5 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 300-364a, Beitrag Zweckverbände, Beiträge an kulturelle
Institutionen Basel-Stadt
Kürzung um CHF 20'000.--**

Geschäft 3471

Bruno Steiger, SD-Fraktion, möchte in Zukunft die kulturellen Beiträge an Basel-Stadt genauer differenziert haben. Er ist der Ansicht, dass die meisten Kulturinteressierten über genügend Mittel verfügen, um die kulturellen Veranstaltungen zu bezahlen. Er ist der Ansicht, dass der Kanton vermehrt für die Kulturförderung eintreten sollte.

Peter Humbel, SP-Fraktion, erinnert an ein altes Postulat seiner Fraktion, welches damals den Antrag beinhaltete, pro Einwohner CHF 5.-- an die kulturellen Institutionen in Basel-Stadt zu leisten. Umgerechnet auf die heutige Einwohnerzahl würde dies einem Betrag von ca. 92'500 CHF entsprechen. In den vergangenen Jahren wurden jeweils ähnliche Beträge an Basel-Stadt geleistet. Der Gemeinderat hat nun, um seinen Sparwillen zu demonstrieren, diesen Beitrag um die Hälfte gekürzt. Die SP-Fraktion unterstützt die Sparbemühungen des Gemeinderates, aber keinesfalls könne die SP-Fraktion das vorliegende Postulat unterstützen. Dies auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass zahlreiche Allschwiler Bürger im Kulturbereich in Basel tätig sind.

://:

Das Budgetpostulat 3471 wird mit 30:7 Stimmen abgelehnt.

**2.1.6 Budget-Postulat von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend
Pos. 300-364.00 Eigene Beiträge, Gemischtwirtschaftliche
Unternehmungen, Beitrag an GGG:
Kürzung um CHF 35'000.--**

Geschäft 3472

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, möchte mit dem Postulat erreichen, dass im Zuge der Sparbemühungen auch solche Vergünstigungen und Unterstützungsleistungen gestrichen werden. Auf die Quersubventionierung der GGG-Bibliotheken müsse verzichtet werden.

Christoph Morat, SP-Fraktion, erinnert daran, dass es um die Bildung gehe. Neben den Büchern gibt es auch ein grosses Angebot an Medienmitteln die genutzt werden. Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, hat die Information erhalten, dass sich trotz veränderten Beiträgen von der Gemeinde Allschwil die Nutzung der GGG durch Allschwiler Bürger nicht verändert habe. Er möchte die Mittel zielgerichteter und sinnvoller eingesetzt wissen.

Christoph Morat, SP-Fraktion, macht Hanspeter Frey das Angebot, in den Schulen zu fragen, wer das Angebot alles nutzt. Dann könne man sehen, dass es ein grosser Teil der Schüler die Angebote der GGG nutzt.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, ist der Ansicht, dass die schuleigene Bibliothek gut ausgestattet sei.

Ruth Greiner informiert, dass 1912 Allschwiler Bürger Mitglieder der Bibliothek sind. Die Schulbibliothek könnte aber nie die allgemeine Bibliothek der GGG ersetzen. Daher sei es für

die Gemeinde Allschwil ein sinnvoll eingesetzter Betrag. Es gehe hier um einen Zugang zur Bildung, der unterstützt werden müsse.

Peter Humbel, SP-Fraktion, kommt nochmals auf die Berechnung von Hanspeter Frey zurück. Er erinnert daran, dass jeder Benutzer mehr als ein Medium ausleihen kann, und daher nicht von 20.-- CHF pro Benutzer pro Buch gesprochen werden sollte.

://:

Das Budgetpostulat 3472 wird mit 24:13 Stimmen abgelehnt.

**2.1.7 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos. 342-43 , Entgelte, andere Benützungsgebühren, Eintritts-
preise Hallenbad:
Erhöhung um CHF 20'000.--**

Geschäft 3473

Bruno Steiger, SD-Fraktion, will mit dem Postulat der Gemeinde mehr Einnahmen verschaffen. Er möchte mit der geplanten Erhöhung der Eintrittsgelder den Schwimmclub Allschwil zu einem Infrastrukturbeitrag anhalten. Der Verein generiere Einnahmen mit den Kursgeldern, führe aber nichts an die Gemeinde ab. Die Unterstützung der Vereine könne im Zuge der Sparbemühungen nicht mehr im gleichen Masse durchgezogen werden. Mit der geplanten Erhöhung der Eintrittsgelder pendelt sich der Eintrittspreis auf das gleiche Niveau wie die umliegenden Bäder. Es gehe hier aber ausdrücklich nicht um einen Abriss der Vereine, aber auch ein Verein müsse Eigenleistungen erbringen.

Giulio Vögelin, SP-Fraktion, plädiert gegen das Postulat. Die Erhöhung würde einen Franken pro Eintritt betragen. Allerdings wurde bereits vor einiger Zeit, im Zuge der Sanierungsarbeiten, der Eintrittspreis von 3,50 CHF auf 5.-- erhöht. Eine weitere Erhöhung wäre unverhältnismässig. Die Schwimmvereine haben mittlerweile nur noch etwa 80 Gratisabonnements. Das sind vor allem Spitzensportler, Trainer und Jugendliche. Die angebotenen Kurse der Schwimmvereine sind Vorabklärungskurse für Kinder.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, erinnert daran, dass der Schwimmclub Allschwil in gewissen Disziplinen nationale Spitzensportler stellt. Ausserdem sei es wichtig, Gelder in die Jugend zu investieren.

Gemeinderat **Roman Meury** verweist nochmals auf die schriftliche Stellungnahme des Gemeinderates zu diesem Budgetpostulat. Im Weiteren sollen gemäss Gemeinderatsbeschluss Gratisabonnemente prinzipiell nur noch an Allschwiler Jugendliche abgegeben werden. Gespräche mit Allschwiler Vereinen zu diesem Zeitpunkt haben ergeben, dass ca. 120 Gratisabonnemente gezahlt wurden. In der Folge wurde die Anzahl auf 75 reduziert. Hinzu kommen 16 Trainerabonnemente. Im Bereich Triathlon wurden bis dahin ca. 50 Gratisabonnements abgegeben, diese wurden reduziert auf 16. 3 davon trainieren in der Nationalmannschaft, 9 davon wohnen in Allschwil, einer erhält Sportförderung, hinzu kommen noch die drei Trainer. Auch hier habe also eine deutliche Reduktion stattgefunden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, lobt die Haltung des Gemeinderates. Jedoch stört ihn immer noch die Tatsache, dass die Vereine die Schwimmkurse kommerziell betreiben, aber für die Infrastruktur nichts an die Gemeinde abliefern müssen.

Giulio Vögelin, SP-Fraktion, ist der Ansicht, dass auch der Schwimmclub Auslagen hat. Er ist nicht sicher, ob die Einnahmen der Schwimmkurse diese Ausgaben decken. Daher hält er den indirekten Unterstützungsbeitrag der Gemeinde für vertretbar.

://:

Das Budgetpostulat 3473 wird mit 33:4 Stimmen abgelehnt.

- 2.1.8 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Pos. 780-314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte, WC-Anlagen: Erhöhung um CHF 6'000.--** **Geschäft 3474**
- 2.1.9 Budget-Postulat von Christoph Morat, SP-Fraktion, betreffend Pos. 780-315.00 Übriger Unterhalt durch Dritte, WC-Anlagen: Erhöhung um CHF 30'000.--** **Geschäft 3475**

Christoph Morat, SP-Fraktion, fasst die Postulate 3474 und 3475 in seiner Begründung zusammen. Zum einen geht es um die Kosten für den Unterhalt und um einen einmaligen Betrag zur Einrichtung der WC-Anlagen. Er stört sich an der untragbaren Situation, zBsp. am Lindenplatz. Seit die öffentlichen WC-Anlagen geschlossen wurden, werden die Hausecken und öffentlichen Flecken verschmutzt. Für die Bevölkerung ist es nicht nachvollziehbar, dass die öffentlichen WC-Anlagen geschlossen wurden. Ihm ist es wichtig, dass die Gelder gesprochen und dann für ein entsprechendes Projekt zu Gunsten der Sauberkeit der zweitgrössten Gemeinde im Kanton Basel-Landschaft verwendet werden.

Roman Meury ist prinzipiell nicht abgeneigt, Lösungen zu suchen. Aber er ist skeptisch, ob nun die Gelder so gesprochen werden sollten. Erst wenn sich eine konkrete Lösung abzeichnet, sollten auch die entsprechenden Gelder bewilligt werden.

://:

Das Budgetpostulat 3474 wird mit 18:14 Stimmen abgelehnt.

Das Budgetpostulat 3475 wird mit 20:14 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

- 2.1.10 Budget-Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Pos. 780-366.00, Beiträge an private Haushalte, Ertragsausfallentschädigungen für ökologische Ausgleichsflächen: Erhöhung um CHF 20'000.--** **Geschäft 3476**

Lucius Cueni, SP-Fraktion, erinnert daran, dass es für die Gemeinde Allschwil wichtig sei, Gelder für einen ökologischen Ausgleich zu sprechen. Dies sei gesetzlich vorgeschrieben und auch sinnvoll. Untersuchungen haben gezeigt, dass ökologische Ausgleichsflächen notwendig sind, um die Fauna und Flora zu schützen. Er nennt verschiedene Beispiele. Das Problem sei, dass der Kanton nur solche Flächen unterstütze, welche mindestens 100 Aren umfassen und auf denen mindestens 30 Hochstammbäume gepflanzt sind. Innerhalb des Gemeindebanns gibt es jedoch nur 1 Fläche die den Anforderungen entspricht. Die kleineren Flächen sollten von der Gemeinde unterstützt werden. Die kleinen Flächen sind für die Gemeinde ebenso wichtig. Die Gemeinde soll glaubwürdig hinter einem sinnvollen Naturschutz stehen und so auch einen wertvollen Naherholungsgürtel um die Gemeinde herum aufbauen.

Für **Yves Hartmann**, SVP, ist es ebenfalls wichtig, dass eine gesunde Fauna und Flora erhalten oder gefördert wird.

Peter Hauser, SVP, steht ebenfalls für die Hochstammbäume ein. Es sei heutzutage nicht mehr der Landwirt, der die Bewirtschaftung diktiert, sondern die Politik. Nur diejenigen Anbauflächen und –arten haben eine Chance, die marktwirtschaftlich interessant sind. Die Hochstammbäume gehören zum Landschaftsbild und müssen erhalten bleiben. Für Allschwil sei es wichtig, dass diese ökologischen Ausgleichsflächen erhalten bleiben.

Paul Schüpbach erklärt, dass der Einwohnerrat vor genau einem Jahr die entsprechende Budgetposition abgelehnt habe. Aus diesem Grunde sei sie dieses Jahr natürlich nicht mehr aufgenommen worden. Die Argumentation von Lucius Cueni als Biologe und Naturschützer sei

verständlich. Allerdings sei es so, dass der Kanton die Anzahl Hochstamm-bäume erfasse und pro Stamm einen gewissen Betrag zahle. Ausserdem werde den Landwirten pro Wiesland mit entsprechenden Zeigerpflanzen ein gewisser Betrag ausgezahlt. Die Auszahlungen der Gemeinde erfolgte zusätzlich zu denen des Kantons. Die Gemeinde selbst pflanzt pro Jahr zwischen 4 und 10 Bäumen. Anlässlich der Umgestaltung des Friedhofs werden im nächsten Jahr 50 einheimische Silberweiden gepflanzt. Die Gemeinde macht also etwas in dieser Richtung. Aus diesem Grunde ist der Gemeinderat der Überzeugung, dass Budgetpostulat abzulehnen.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, betont, dass es ihm speziell um Hochstamm-bäume gehe. Er schätzt die Bemühungen der Gemeinde, ist aber der Meinung, dass die gepflanzten Arten nicht mit Hochstammobst-bäumen vergleichbar seien. Er bezweifelt, dass die Gemeinde Hochstammobst-bäume pflanzt und möchte gerne wissen, wenn ja, an welchen Orten die Gemeinde solche gepflanzt haben soll.

Paul Schüpbach erinnert Lucius Cueni daran, dass der Sprechende gemeinsam mit dem Postulanten im letzten Jahr im Ziegeleiareal an der Pflanzung von Jungbäumen beteiligt gewesen seien.

Giulio Vögelin, SP-Fraktion, unterstützt das Postulat von Lucius Cueni. Aus wirtschaftlichen Gründen verschwinden immer mehr traditionelle Bewirtschaftungsweisen.

://:

Das Budgetpostulat 3476 wird mit 18:18 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten überwiesen.

**2.1.11 Budget-Postulat der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
betreffend
Pos. 841-390.00/ 840-390.00 verrechneter Personalaufwand
Umbuchung Anteil Wirtschaftsförderung
CHF 15'000.--**

Geschäft 3477

Verena Meschberger, Präsidentin der FIREKO, begründet das Postulat mit der zwangsläufigen Anpassung der Positionen an die Gegebenheiten der WOV (Wirtschaftsorientierten Verwaltung). Der FIREKO sei aufgefallen, dass die Kosten der Regiebetriebe für das Marktwesen im enormen Ausmass zugenommen haben, von CHF 10'000.-- auf CHF 40'000.--. Herr Hürzeler, HAL Finanzen, habe dies mit einem Fehler im Budget erklärt. Eigentlich seien von diesen CHF 40'000.-- insgesamt CHF 15'000.-- nicht dem Konto „Marktwesen“ zu belasten, sondern gehörten zum Konto „Gewerbe, Industrie und Handel“. Es seien Aufwendungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung. Die „Umbuchung“ sei eigentlich ein Null-Summen-Spiel und lediglich aus buchhalterischen Gründen vorzunehmen.

://:

Das Budgetpostulat 3477 wird mit 36 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.

**2.1.12 Budget-Postulat von Iris Zihlmann und Robert Richner, FDP,
Pos. 841 Marktwesen:
Reduktion des Aufwandüberschusses um CHF 15'000.--**

Geschäft 3478

Robert Richner, FDP-Fraktion, begründet das Postulat damit, dass im Marktwesen professionelle Händler durch die Gemeinde unterstützt würden. Dies sei aber nicht Aufgabe der Gemeinde.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, widerspricht dem Postulant. Ein Markt mache dann Sinn, wenn dieser mit professionellen Marktfahrern bestückt sei. Gegen die Marktstände von Vereinen oder Privaten kämen die Professionellen mit ihren Preisen nicht an. Ein attraktiver Markt müsse mit möglichst vielen professionellen Marktfahrern bestückt sein, der Markt müsse für die Marktfahrer günstig und rentabel sein. Aus diesem Grunde bittet er, das Postulat abzulehnen.

Dr. Leo Zehnder erläutert die Folie „Marktwesen“ (integrierender Bestandteil des Protokolls, Beilage 2). Eine Streichung des Aufwandüberschusses sei nicht möglich, man müsse korrekterweise Sachaufwand oder Personalaufwand einsparen. Dann sei aber der Marktbetrieb, mit den verbleibenden CHF 4'000.--, nicht mehr möglich, es könne zum Beispiel auch keine Marktkommission mehr betrieben werden.

Armin Bieri, SP-Fraktion, ist gegen die Streichung der CHF 15'000.--. Es könne dann tatsächlich kein Markt mehr durchgeführt werden. Ausserdem subventioniere die Gemeinde die Marktfahrer nicht, der Markt sei darüber hinaus auch ein Teil Dorfkultur, welcher erhalten bleiben sollte.

Robert Richner, FDP-Fraktion, ist nicht prinzipiell gegen die professionellen Händler. Seine grundsätzlichen Überlegungen seien in die Richtung gegangen, Gemeindearbeiten anderweitig zu verteilen und die Marktgebühren zu erhöhen, um auf diese Art den Aufwandüberschuss abzubauen.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, warnt vor einer Gebührenerhöhung. Damit wäre Allschwil der teuerste Markt im Umkreis von 100 km.

://:

Das Budgetpostulat 3478 wird mit 30:5 bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

**2.1.13 Budget-Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend
Pos. 770-501.01, Investitionen Tiefbauten, Natur- und Erholungs-
zone Ziegeleiareal:**

Erhöhung der Investition um CHF 50'000.--

Geschäft 3480

Lucius Cueni, SP-Fraktion, möchte mit der Erhöhung der Position 770-501.01 um 50'000.-- sicherstellen, dass Trittsteinbiotop, welche notwendig sind, um das Naturschutzgebiet „Ziegelei“ mit dem Naturschutzgebiet „Mühlitäl“ zu verknüpfen, erstellt werden. Er ist der Ansicht, dass der Kanton lediglich das Trittsteinbiotop im Gebiet „Läuperen“ finanziert. Deswegen seien die Mittel für das erwähnte Trittsteinbiotop zwischen Ziegelei und Mühlitäl einzusetzen. Der Postulant erläutert ausführlich Sinn und Zweck, Aufbau und mögliche Standorte für Trittsteinbiotop.

Peter Hauser, CVP/SVP-Fraktion, begrüsst den Vorstoss von Lucius Cueni. Es mache Sinn, von Anfang an in diese Projekte gut zu investieren.

Paul Schüpbach bestätigt, dass es Trittsteinbiotop brauche. Aber zur Zeit mache es keinen Sinn insgesamt CHF 100'000.-- zu investieren, da ab dem nächsten Jahr bis 2006 im Gebiet „Mühlitäl“ insgesamt CHF 1'000'000.-- in den Naturschutz investiert werden. Ausserdem bekomme die Gemeinde vom Kanton noch etwa CHF 200'000.-- vorfinanzierter Beträge zurück. Eine derzeitige Investition von CHF 100'000.-- ist in der momentanen Lage nicht verkräftbar.

://:

Das Budgetpostulat 3480 wird mit 22:10 Stimmen abgelehnt.

BUDGETBERATUNG

Iris Zihlmann, Vizepräsidentin, verliest das Budget 2004.

Einwohnerkasse Voranschlag 2004, Laufende Rechnung:

Seite 12 Keine Wortmeldung	0	Allgemeine Verwaltung
Seite 15 Keine Wortmeldung	1	Öffentliche Sicherheit
Seite 20 Keine Wortmeldung	2	Bildung
Seite 28 Keine Wortmeldung	3	Kultur und Freizeit
Seite 33 Keine Wortmeldung	4	Gesundheit
Seite 35 Keine Wortmeldung	5	Soziale Wohlfahrt
Seite 39 Keine Wortmeldung	6	Verkehr
Seite 41	7	Umwelt und Raumplanung

Lucius Cueni, SP-Fraktion, möchte wissen, was die Position 770 „Naturschutz“ CHF 5'500.-- auf Seite 46 beinhaltet.

Kurt Hürzeler entnimmt dem Detailbudget, dass CHF 2'000 baulicher und CHF 2'000.-- gärtnerischer Unterhalt sind.

Seite 41 Keine Wortmeldung	70	Wasserversorgung
Seite 43 Keine Wortmeldung	71	Abwasserbeseitigung
Seite 44 Keine Wortmeldung	72	Abfallbeseitigung
Seite 48 Keine Wortmeldung	8	Volkswirtschaft
Seite 50 Keine Wortmeldung	9	Finanzen und Steuern

INVESTITIONSRECHNUNG

Seite 56 Keine Wortmeldung	0	Allgemeine Verwaltung
Seite 57	1	Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldung

Seite 58 2 Bildung
Keine Wortmeldung

Seite 59 3 Kultur und Freizeit
Keine Wortmeldung

Seite 60 4 Gesundheit
Keine Wortmeldung

Seite 61 6 Verkehr
Keine Wortmeldung

Seite 62 7 Umwelt und Raumplanung
Keine Wortmeldung

Christoph Morat, SP-Fraktion, fragt weshalb bei der Wertstoffsammelstelle, Pos. 720-501.01, CHF 60'000.-- budgetiert sind.

Paul Schüpbach erklärt, dass es sich hier um die Gesamtsituation Lindenplatz geht. Die Wertstoffsammelstelle war der Aufhänger zur Diskussion um den Lindenplatz. Sobald die Studie der Fa. Metron vorliegt, wird die Kommission darüber informiert werden.

Seite 65 9 Finanzen und Steuern
Keine Wortmeldung

2.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse /Nachtrag

Geschäft 3456 D

Zum Nachtrag 3456 D (Integrierender Bestandteil dieses Protokolls, ausgeteilt anlässlich der laufenden Sitzung v. 10.12.2003), Bericht des Gemeinderates zu den finanziellen Auswirkungen der Volksabstimmung auf das Budget 2004, fragt **Eugen Neeser**, FDP-Fraktion, ob neben den Abschreibungen nicht auch die Schuldzinsen wegfallen würden, und ob dies berücksichtigt worden sei.

Geschäft Nr. 3456D Bericht an den Einwohnerrat

vom 3. Dezember 2003

Nachtrag zum Voranschlag der Einwohnerkasse für das Jahr 2004

Am 30. November 2003 hat das Allschwiler Stimmvolk das Projekt Wegmatten I abgelehnt. Dadurch ergeben sich für den Voranschlag 2004 die folgenden Änderungen:

1. Investitionen	Position 020-503.03	- CHF 1'670'000
2. Abschreibungen	Position 020-331.00	- CHF 167'000
3. Ergebnis nach Korrekturen, Defizit neu		<u>CHF 182'000</u>

Die Aufteilung in Laufende Rechnung und in Investitionsrechnung zeigt somit folgendes Bild:

In CHF

Laufende Rechnung	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand
Einwohnerkasse	62'684'850	62'502'850	-182'000

-2-

Investitionsrechnung	Ausgaben	Einnahmen	Zunahme der Netto- Investitionen
Einwohnerkasse	12'140'000	5'355'000	6'785'000

Beilagen:

Auszug aus dem Voranschlag mit Änderungen

Kurt Hürzeler erläutert, dass bei einem Budget eine Investition nicht mit grossen Beträgen eingesetzt wird, da diese Investition ja noch nicht am Anfang des Jahres getätigt wird. Die erforderlichen Mittel für die Kosten der Investition würden aus der laufenden Rechnung oder mit einem kurzfristigen Kredit finanziert. Aus diesem Grunde wurde lediglich ein Pauschalbetrag für Passivzinsen eingesetzt.

Antrag des Gemeinderates:

Der um den Nachtrag korrigierte Voranschlag der Einwohnerkasse 2004 wird genehmigt.

://:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 34 Stimmen gutgeheissen.

**2.2.2.1 Budget-Postulat von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Pos 900-400.00: Steuereinnahmen Natürliche Personen, Einkommen-
steuern: Reduktion des Steuerfusses auf 56% falls der Kredit für den
Veranstaltungssaal am 30. November 2003 vom
Volk abgelehnt wird.**

Geschäft 3479

Bruno Steiger, SD-Fraktion, beantragt, den Steuerfuss auf 56% zu senken. Die SD-Fraktion interpretiert den Volkswillen dahin gehend, dass mit den Einsparungen von rund 1,6 Mill. Franken der Sparwille zum Ausdruck gekommen ist, aber gleichzeitig eine Steuersenkung um 2% möglich sein sollte. Es wäre verantwortbar, den Steuerfuss auf ein normales Mass zu senken. Ihm scheint es machbar und man könne ein Zeichen setzen, um in Zukunft so überdimensionierte Projekte wie Wegmatten I von vornherein zu verhindern. Durch einen

niedrigeren Steuersatz könne man auch zahlungskräftige Steuerzahler nach Allschwil bringen, trotz eingeschränkter Wohnqualität.

Verena Meschberger, FIREKO-Präsidentin, widerspricht dem Postulanten. Sie rechnet vor, dass eine Verminderung des Steuersatzes um 2% einem Einnahmefall von 1,2 Mill. Franken bedeutet. In der laufenden Rechnung würde das jetzt anvisierte Budgetdefizit von CHF 180'000 auf knapp 1,4 Mill. Franken steigen. Ohne Eigenkapital ist dies nicht möglich. Primäre Aufgabe muss es sein, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu haben. Erst dann könne man über eine Steuersenkung nachdenken.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, beantragt den Steuerfuss auf 57% zu senken. Er rechnet vor, dass eine Budgeterhöhung von ca. CHF 10'000.-- beraten wurde, dass die jährlichen Abschreibungen von 10% des Investitionsbetrages von 1.67 Mill. Franken, 167'000.-- eingespart werden. Die Zunahme der Schuldzinsen ist mit CHF 150'000 veranschlagt, zurückgeführt auf die bevorstehenden Investitionen. Insgesamt berechnet er die mit Wegmatten I zusammenhängenden Einsparungen mit CHF 197'000.--. Die vom Kanton nicht gewährte Teuerungszulage von 1% ergibt bei den Personalaufwendungen nochmals rund CHF 260'000.-- Reduktion der Ausgaben. Zusammen ergeben sich rund CHF 460'000.-- Verbesserung gegenüber dem vorgelegten Budget. Ein Steuerprozent entspricht rund CHF 600'000.--. Die Verschuldung wird ebenfalls nicht im geplanten Masse zunehmen. Aus diesen Gründen könnte mit einer einprozentigen Steuersenkung immer noch ein relativ gutes Budget mit maximal CHF 200'000.-- Defizit erreicht werden. Daher empfiehlt er einen Steuerfuss von 57%.

Stevie Brügger, CVP/SVP-Fraktion, hält die Anträge für populistisch und ausgerichtet auf den Wahlkampf. Das Budget ist ausgereizt. Man könne nicht immer auf und ab mit dem Steuersatz. Im Moment könne man sich eine Steuersenkung nicht leisten, auch wenn sie wünschbar wäre.

Jürg Gass, SP-Fraktion, wehrt sich gegen eine Steuersenkung. Gerade im Zusammenhang mit Wegmatten dürfe man jetzt keine Steuersenkung beschliessen. Die Bürger könnten den Eindruck gewinnen, die letzte Steuererhöhung sei nur wegen Wegmatten I erfolgt. Zukünftige Bauvorhaben wären massiv gefährdet. Ausserdem müssten nun auch die Kosten des Kreisels im Umfang von CHF 800'000.-- vollumfänglich durch die Gemeinde getragen werden. Zunächst sollten die Schulden abgebaut werden.

Christoph Morat, SP-Fraktion, möchte, dass nun klar Stellung bezogen und gegenüber den Bürgern Verantwortung gezeigt wird. Er erachtet die Steuersenkungsdiskussion als blossen Stimmenfang hinsichtlich der Gemeindewahlen im Februar. Aus diesem Grunde werde der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Verena Meschberger, FIREKO-Präsidentin, warnt davor, die Steuern um 1% zu senken. Dies sei rechnerisch zwar nachvollziehbar, aber kurzfristig ausgerichtet. Unerwartete Ausgaben könnten diese Rechnung schnell ins Wanken bringen. Man solle abwarten, bis der Gemeinderat den Finanzplan überarbeitet habe. Dies bedeute, dass man allenfalls nächstes Jahr über eine Steuersenkung diskutieren könne.

Dr. Leo Zehnder sieht die Hauptaufgabe der Behörden - Einwohnerrat und Gemeinderat - darin, Eigenkapital zu bilden sowie Schuldenabbau zu betreiben. Dies sei nur mit positiven Rechnungsabschlüssen möglich. Es wäre kurzfristig, jetzt die Steuern zu senken. Damit würde man dem neuen Einwohnerrat für die nächste Legislaturperiode eine grosse Hypothek übertragen. Die Gemeinde sei im Moment am Nullpunkt angelangt und könne sich jetzt wieder durchaus positiv entwickeln. Er legt die weitere finanzielle Entwicklung anhand einer Folie dar (integrierender Bestandteil des Protokolls, Beilage 3). Jede Bewegung des Finanzrahmens könne eine neue Sparrunde auslösen. Dies sei so nicht gewollt. Allschwil habe lediglich ein Eigenkapital von CHF 133'000.-- und ein Budgetdefizit von CHF 900'000.--. Das Defizit könne man mit Glück auf ca. CHF 500'000.-- reduzieren. Er führt einige Beispiele auf, welche die Rechnung 2004 belasten werden. Die sozialen Ausgaben werden steigen. Der Gemeinderat wird sich in seiner Klausursitzung mit weiteren Sparmassnahmen beschäftigen. Sofern man

jetzt ein Defizit produziere, überlasse man dem künftigen Einwohnerrat keinen Gestaltungsspielraum mehr. Anhand der aufgelegten Folie zeigt er auf, dass mit der 2%-tigen Steuersenkung auf Jahre hinaus nur Nullrechnungen produziert werden können, Eigenkapitaläufnung oder Schuldenabbau könne man nicht betreiben. Die gleiche Rechnung könne man auch mit 1%-tiger Steuersenkung machen. Auch dann zeige sich, dass Verluste produziert würden. Man könne frühestens im Jahre 2008 oder 2009 von einer Steuersenkung reden. Er appelliert an die Verantwortung des Einwohnerrates, die Gemeindefinanzen in Ordnung zu bringen.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, hält eine Steuersenkung für unverantwortlich. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde nach wie vor keine Eigenmittel zur Verfügung habe und weiterhin Schulden abgebaut werden müssten. Er ist gegen jeden Antrag auf Steuersenkung.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, möchte die Ausgaben senken, so dass man auch die Einnahmen, also den Steuersatz, senken könne. Er ist der Meinung, solange die Gelder vorhanden sind, würde kein Sparwille an den Tag gelegt. Er möchte, dass bei den Ausgaben noch weiter gespart wird.

Robert Richner, FDP-Fraktion, möchte eine gewisse Kontinuität erreichen und die Gelder für den Schuldenabbau verwenden. Er hält die Diskussion um eine Steuersenkung für verfrüht.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, gibt Eugen Neeser Recht, dass bei den Ausgaben gespart werden müsse. Er ist der Ansicht, dass nur dann gespart werde, wenn kein Geld vorhanden sei. Aus diesem Grunde sollen die Steuereinnahmen gesenkt werden.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betont nochmals, dass seine Berechnungen im Grunde stimmen. Er befürwortet eine gewisse Flexibilität in der Steuerpolitik. Mit einer Senkung um 1% würde das Budget lediglich um rund CHF 140'000.-- verschlechtert. Einer Verschlechterung um 1,2 Mill. könne die FDP-Fraktion selbstverständlich nicht zustimmen.

Giulio Vögelin, SP-Fraktion, ist der Ansicht, dass nur dann freiwillig auf Einnahmen verzichtet werden sollte, wenn genügend Mittel vorhanden seien.

Dr. Leo Zehnder stellt die von Hanspeter Frey angestellten Berechnungen in Frage. Bei einem Steuerfuss von 57% belaufe sich das Budgetdefizit auf CHF 792'000.--, bei 56% CHF auf CHF 1'392'000.-- .

Der Präsident **Jean-Jacques Winter** schlägt vor, das Budgetpostulat von Bruno Steiger dem Antrag von Hanspeter Frey gegenüber zu stellen. Dies könne noch ohne Namensaufruf erfolgen.

://:

Das Budgetpostulat von Bruno Steiger, Steuerfuss 56%, obsiegt mit 9:9 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten gegen den Antrag von Hanspeter Frey, Steuerfuss 57%.

Es folgt die Gegenüberstellung des Antrages des Gemeinderates und der FIREKO, Steuerfuss 58%, und des Budgetpostulates 3479 von Bruno Steiger, Senkung des Steuerfusses auf 56%.

Die Abstimmung erfolgt unter namentlichem Aufruf.

Jean-Jacques Winter erklärt, dass ein „Ja“ die Zustimmung zum Budgetpostulat 3479 von Bruno Steiger auf Steuersenkung von 56% bedeute, ein „Nein“ die Beibehaltung des bisher geltenden Steuersatzes von 58% gemäss Anträgen von Gemeinderat und FIREKO.

**Abstimmung unter Namensaufruf
vom 10. Dezember 2003**

**J = Ja
N = Nein
E = Enthaltung**

	Einwohnerrat	J	N	E
1	Amsler Max	X		
2	Bartlome Thomas	X		
3	Beretta-Sohm Guido, Dr.			X
4	Bieri Armin		X	
5	Brügger Stefan		X	
6	Corvini Ivo Dr.			X
7	Cueni Lucius		X	
8	Frei-Cavelti Karl		X	
9	Frey-Rieder Hanspeter			X
10	Gass Jürg		X	
11	Grieder Martin		X	
12	Hartmann Yves		X	
13	Hauser Peter		X	
14	Humbel-Schiess Peter		X	
15	Julier-Karmelitta Arnold		X	
16	Keller-Maurer Felix		X	
17	Kneier-Rehmann Kurt		X	
18	Kröpfl Basil			X
19	Märky-Schällibaum Alice			X
20	Matiz Danilo		X	
21	Meier Nicolas	X		
22	Meschberger Verena		X	
23	Meyer-Zehnder Beat		X	
24	Morat Christoph		X	
25	Müller Daum Verena		X	
26	Neeser Eugen			X
27	Oppliger Jan		abwesend	
28	Oppliger Mathilde		X	
29	Pfaff Thomas		X	
30	Philipp Alexandre			X
31	Piatti Claudia		abwesend	
32	Pozivil-Pfister Ursula			X
33	Richner Robert		X	
34	Salvisberg Beatrice		X	
35	Schneider Ornella			X
36	Steiger Bruno	X		
37	Vögelin Giulio		X	
38	Wagner-Jung Margaret		X	
39	Winter-Bitterli Jean-Jacques		X	
40	Zihlmann-Glanzmann Iris			X
		4	24	10

Mit 24:4 Stimmen bei 10 Enthaltungen wird das Budgetpostulat 3479 von Bruno Steiger abgelehnt.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, möchte mehr Klarheit bei der Abstimmung, trotz der eigentlich korrekten Erklärung vor der Abstimmung. Er verzichtet jedoch auf einen Antrag.

Jean-Jacques Winter, Präsident, lässt über die Anträge des Gemeinderates und der FIREKO wie folgt abstimmen:

2.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern pro 2004

1. Mit **23:10 Stimmen bei 4 Enthaltungen** wird der Steuereffuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen auf 58% der Staatssteuer festgelegt.
2. Die **Steuersätze** für die Juristischen Personen werden wie folgt festgelegt:

Kapitalgesellschaften	Ertrag	5,0 %
Genossenschaften	Kapital	5,0 %

mit 35 Ja- Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Vereine, Stiftungen, übrige Jur. Personen	Ertrag	58 % der Staatssteuer
	Kapital	5,0 ‰

mit 31 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Holdinggesellschaften	a) Liegenschafts- Nettoertrag	58 % der Staatssteuer
	b) von ausländ. quellenbest. Einkommen	5,0 %
	c) Kapital	0,25 ‰

mit 29 Ja-Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Domizilgesellschaften	Kapital	1,0 ‰
-----------------------	---------	-------

mit 36 Ja-Stimmen.

2.2.3 Festsetzung der Feuerwehrsteuer pro 2004

3. Die Feuerwehrsteuer wird mit **36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung** für die Ersatzpflichtigen auf 6 % der Gemeindesteuer für Natürliche Personen festgelegt.
-

2.2.4 Festsetzung des Wasserverkaufspreises pro 2004

4. Der Wasserverkaufspreis wird mit **37 Ja-Stimmen** auf CHF 1.30 pro m³ zuzüglich 2,4 % MWST aufgrund des effektiven Verbrauchs festgelegt.
-

2.2.5 Schlussabstimmung zum Voranschlag pro 2004

5. Mit **26:7** Stimmen werden die Voranschläge für die Einwohnerkasse für das Jahr 2004 **genehmigt**.
-

Der Präsident **Jean-Jacques Winter** verabschiedet das Plenum und beendet die Sitzung.